

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wöchentlich fünfzig Pfennig.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torstraße 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw., erfolgt kein Anspruch auf Vorkosten. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 222.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühren betragen für den 1. Millimeter hohen Raum 50 Pfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Pfennig, im Restenteil 30 Pfennig, einseit. Anzeigen: Sonntags- und tabellarischer Ges mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen späteren Umfangs werden tags vorher ebedeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbedfale.

Nr. 17.

Donnerstag, den 9. Februar 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Haushaltsausfluß des Reichstages nahm einen Anstieg an, nach dem die Reichsfinanzkommission in München als künftig wegfallend bezeichnet wird.
* Der Vorstand des Reichslandbundes wurde vom Vertreter des Reichslandbauers, Reichslandwirt, bestätigt, empfangen. Der Vorstand erklärte, daß er dem Reichslandbauern für die Landwirtschaftlichen Vereinigungen nicht absieht.
* In Belgrad ist das jugoslawische Kabinet wegen Zwangsmaßnahmen innerhalb der Regierungspartei zurückgetreten.

Die „U-Boot-Pest“.

Während des Weltkrieges hat man laut genug auf die „damned Germans“ geflucht und geschimpft, die mit ihren U-Booten die natürlich ganz und gar „harmlose“ Handelschiffahrt der Alliierten zu zerstören suchten, während man Deutschland heraufschien gegen jede Gefahr zur See auch auf neutralen Schiffen abgefahren habe. Und das erste, was von der deutschen Regierung bei der Einstellung der Waffenstillstandsverhandlungen verlangt wurde, war die Einstellung des U-Boot-Krieges. Man hat uns dann im Versailler Vertrag überhaupt die U-Boot-Flotte verboten, während jetzt bei den beiden europäischen Seemächten England und Frankreich ein eifriges Bemühen in der Herstellung von U-Booten eintrat. Bald gefellte sich auch Nordamerika dazu, ohne freilich die beiden konkurrierenden Parteien zu können. Nun ist vor einigen Tagen der Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg einsehend, doch überhaupt das U-Boot als Seemacht zu verbieten, genau so, wie ja das U-Boot-Verbot in der Welt verboten worden ist. Selbstverständlich haben England und Frankreich dazu nur vereinzelt die Schritte geschritten. So wird Amerika ebenfalls daran gehen, sein U-Boot-Verbot für die nächsten fünf Jahre, das eine Gesamtanzahl von über 750 Millionen Dollar, also 3 Milliarden Mark, vorliegend, möglichst schnell auszuführen. Auch 32 U-Booten sollen in dieser Zeit neu gebaut werden.
Damit fängt Amerika an, einhundert in die Nachkonkurrenz zur See einzutreten. Und es ist doch ein nicht so ganz einfach beschreibendes Zeichen allmählicher Annäherung zwischen den beiden amerikanischen Weltmächten, wenn ein amerikanischer Admiral schon von einem in nicht allzuferner Zeit bevorstehenden Krieg zwischen England und Amerika spricht. Gewiß ist er deswegen seines Amtes enthoben worden; aber so unrecht hat er doch nicht mit seinem Vergleich, daß, wie einst das deutsche U-Boot-Verbot im England, die Gefahr und schließlich den Weltkrieg hervorgerufen habe, so jetzt auch zwischen England und Amerika einseitige Schritte. Denn Amerika hat sich bereits eine gewaltige Flotte geschaffen und ist auch finanziell in der Lage, sich den Vorprung der anderen einzuholen, ja diese vielleicht sogar zu überholen. Freilich nur mit Schiffen; ob auch mit Männern, die auf diesen Schiffen fahren und kämpfen sollen, ist noch etwas fraglich.
Dabei spricht der amerikanische Vorschlag, das U-Boot-Verbot abzuschaffen, doch von einer gewissen Wichtigkeit. In der Hauptsache wird sich Nordamerika im Kriegsfall auf eine Verteidigung seiner langgestreckten Küsten beschränken können, wobei gerade das U-Boot eine hervorragende Rolle spielen würde. Die verdunkelte Seite ist dabei natürlich der Panamakanal, der allerdings in zivilisatorischer Hinsicht durch amerikanische Streitkräfte geschützt ist. Fragenbedeutenden Widerständen in den Vereinigten Staaten selbst begegnet diese U-Bootpolitik durchaus nicht mehr; immer härter dringt dort der Gedanke durch, daß die Flotte, wie Präsident Harding einmal sagte, „die große Mauer Amerikas“ sei. Weniger aus weltanschaulichen Gründen darf Amerika seine Flotte aus; vor dem Krieg haben sich die amerikanischen Wälder aktiv aufgetan. Hier liegt aber vielleicht doch auch ein Grund dafür, bei den großen weltwirtschaftlichen Auseinandersetzungen an den Grenzen des Stillen Ozeans nicht alles den englischen Vettern zu überlassen, sondern auch ein paar starke Trümpe im Spiel zu haben. Genau so ist es ja mit der amerikanischen Handelsflotte geworden, die dem Krieg überleben die entscheidende und die deutsche Handelsflotte auch den Seetransport von und nach Amerika, bis während des Krieges eine gewaltige Anstrengung zum Bau amerikanischer Handelsflotte einlegte und man jetzt die „strips and stars“, die „Streifen und Sterne“, auf allen Meeren sieht. Auch das hat den Engländern schon sehr viel Summe und Sanftmut gebracht, denn die Entscheidung, die entspricht darauf, daß im Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich zwischen Deutschland und England heranwuchs.

Neue Schulgesetzverhandlungen.

Der Städtetag über die Schulkosten.

Neue Vermittlungsversuche.
Innerhalb der Regierungspartei werden noch immer lebhaft Bedenken gemacht, das Reichschulgesetz doch noch zu einem guten Ende zu bringen. In der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei steht die Schulfrage am Donnerstag erneut zur Beratung und der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei wird sich am kommenden Sonntag mit der Schulfrage beschäftigen. Auch Reichsinnenminister von Seudell soll mit der Ausarbeitung einer neuen Formulierung beschäftigt sein, die eine Brücke zwischen der Zentrumspartei und der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Frage der Simultanschule bauen soll. Trotz der kategorischen Erklärungen beider Parteien, an dem jetzt eingenommenen Standpunkt zur Schulfrage festzuhalten, sind auch in den Reichstagsfraktionen der Volkspartei und des Zentrums Kräfte am Werke, die gegenseitigen Annäherungen herbeizuführen. Die Vermittlungstätigkeit soll als nicht ausschließlich sein.
Obwohl die Frage, wer die Kosten zur Durchführung des neuen Reichschulgesetzes tragen soll, noch nicht völlig geklärt ist, hat der Vorstand des Deutschen Städtebundes seinen Vorschlag, das Reichschulgesetz bereits eine Einlage über die Kosten dieses Gesetzes übermitteln. Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Regelung, wonach den Ländern und Gemeinden eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden soll, wird in dieser Einlage abgelehnt. In ihr wird ver-

langt, daß die aus der Durchführung erwachsenden Kosten, gleichviel, ob einmal oder laufend, den Kommunen vom Reich erstattet werden sollen. In der Einlage wird weiter darauf hingewiesen, daß z. B. die Durchführung des Reichschulgesetzes in Preußen eine laufende jährliche Mehrbelastung des preussischen Volkshaushalts in Land und Gemeinden um über 40 Millionen Mark und einen Anleihebedarf von rund 250 Millionen Mark zur Folge hätte. Die Städte müßten, so heißt es in der Einlage, zum Schluß belassen, daß für die großen Mehrbelastungen des Reichschulgesetzes eine ausreichende Deckung beschafft und für die Frage der Kostenverteilung eine zweifelhafte gesetzliche Grundlage im Rahmen des Reichschulgesetzes geschaffen werde.

Tagung des Reichsstadtebundes.

Am 16. und 17. Februar tagt in Berlin der Gesamtvorstand des Reichsstadtebundes. Die Tagung erhält dieses Mal ihre besondere Bedeutung dadurch, daß zum erstenmal in der Tagung als Mitglieder des Gesamtvorstandes und als Mitglieder des Parlamentarischen Beirats des Reichsstadtebundes an der Sitzung teilnehmen werden. Zur Beratung stehen u. a.: Fragen der großen Verwaltungsreform, Selbstverwaltungsreform, die Zuteilung der mittleren und kleinen Städte an Umgebungsverbände, die Vorlage für eine anderweitige Regelung des Hausjärgerentwerfes sowie die Änderung des preussischen Finanzanschlusses. Der Sitzung des Gesamtvorstandes geht am 15. Februar eine Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes voraus.

Landbundvorstand beim Vizekanzler.

„Hilfsmaßnahmen nicht ausreichend.“
Der Stellvertreter des Reichslandbauers, Reichsminister Herrgott, empfing in der Reichskanzlei im Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sowie der Vertreter der beteiligten Ressorts eine Abordnung des Reichslandbauers, die die Präsidenten Herzog und Graf v. Helldorf, die Direktoren Kriegerhelm und von Spöck angehört. Die Vertreter des Reichslandbundes brachten eine Anzahl von Forderungen vor, die im einzelnen eingehend besprochen wurden. Sie wiesen eindringlich darauf hin, daß die Landwirtschaft die Maßnahmen, die von der Reichsregierung bisher zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not des Landvolkes vorgesehen seien, nicht als ausreichend betrachten könne. Die anzuwendenden Mittel der Reichsregierung erklärten hierzu, daß es sich bei den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung um ein zusammenhängendes System von Hilfsmaßnahmen handelte, dessen weiterer Ausbau mit allen verfügbaren Mitteln durchgeführt werden sollte.

Die Lage im Saargebiet.

Bericht der Regierungskommission.
Die Regierungskommission des Saargebietes hat neben dem Generalsekretariat des Saargebietes ihren Bericht über die Situation des Gebietes übermitteln. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage des Gebietes stellt der Bericht fest, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen über das Zollrecht eine Weiterführung werden. Die Verträge vom 5. August 1926 und vom 6. November 1926 seien verlängert worden. Zwei große Streiks hätten in letzter Zeit stattgefunden, der eine in der Grobholzwirtschaft und der andere unter den Eisenbahnen des Gebietes. Welche Male habe die Regierungskommission mit Erfolg eingegriffen.
Zur politischen Lage sagt der Bericht, daß das Mandat des konstituierten Rates mit dem 31. Dezember 1927 abgelaufen sei und die Regierungskommission daher für den 25. März 1928 neu wählen angelehnt habe. Das Mandat der Mitglieder des nächsten konstituierten Rates werde vom 1. April 1928 bis 31. März 1931 dauern. Über die Verwaltungsgewalt ist erwähnt der Bericht die Veröffentlichung einer neuen Verordnung betreffend die Wohnungen. Diese Verordnung enthalte eine wichtige Neuerung. Von nun an würden eine Reihe von Wohnungen nach ihrem Freiwerden unter das allgemeine Recht gestellt. Auf dem Reichsgebiet hat die Regierungskommission am 14. Dezember 1927 mit der französischen Regierung zwei Entwürfen unterzeichnet, welche bezogen, die Lösung von Streitfällen zu erleichtern, welche von Zareinwohnern vor französische

Gerichte und von französischen Staatsangehörigen vor Gerichte im Saargebiet gebracht werden. Das Departement für öffentlichen Unterricht hat in Berücksichtigung der Wünsche der letzten Wählerversammlung den Augenblick für geeignet erachtet, in den Schulen des Saargebietes offiziell den Unterricht über Erziehung und Ziele des Völkerverbundes einzuführen. Die Ergebnisse waren von höchst befriedigender Qualität, in qualitativer Hinsicht jedoch schlecht. Die Regierungskommission hat der Landwirtschaft einen Kredit von 15 Millionen Franc zur Verfügung gestellt.

Münchener Reichsgefangenschaft künftig wegfallend.

Beispiel im Haushaltsausfluß des Reichstages.
Im Haushaltsausfluß des Reichstages müßte sich eine längere Aussprache an das Kapitel: „Verbreitung der Reichsregierung in München“. Von den Demokraten wurde beantragt, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen. Die Kommunisten forderten Streichung dieser Verbreitung. Staatssekretär Dr. Winter wies darauf hin, daß man bei der Länderkonferenz durchaus nicht von einem Begräbnis erster Klasse sprechen könne. Solange aber Mängel nicht ausgeglichen und die Verhandlungen nicht abgeschlossen seien, wäre es ein unfruchtbarer Akt gegen die hitzige Regierung, die Münchener Verbreitung aufzuheben. Er wandte sich auch dagegen, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen, da schon die Einberufung der Länderkonferenz gezeigt habe, daß Reichsregierung und Reichskanzler aus eigener Energie vorgehen gewillt seien. Nach längerer Aussprache wurde der demokratische Antrag, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen, mit 14 Stimmen angenommen. Von der Deutschen Volkspartei stimmten die Abgeordneten Dr. Cremer und Dr. Mittelmann dafür, Stimmhaltung über der Abgeordnete Morath aus. Die Widerheit setzte sich aus 13 Stimmen der Deutschen Nationalen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammen.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen.

Eine 75-Millionen-Anleihe. — Senkung der Steuern.
Mit Rücksicht auf die durch die Friedensverträge geschaffene einzigartige wirtschaftliche Notlage Ostpreußens war in der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ende Dezember v. J. abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichsministeriums und des preussischen Staatsministeriums die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für diese

Haus-Grundstück
sofort zu verkaufen.
Wohlfüh, Töpfermeister,
Torgauerstr. 19.

Einen Lehrling
stellt zu Hieren ein
Otto Große, Schmiedemstr.
Arnswolde.

Frische grüne Seringe
(keine englische)
2 Pfund 35 Pf. empfiehlt
Theobald Schunke.

Heute blutfrischen Kabliou
Pfund 35 Pfg. empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Trockenes Brennholz
in Pfenlängen
fahrenweise frei Haus
liefert billigst
Wilh. Kunze.
Frachtbriefe empfiehlt die Buchdruckerei

Zur Konfirmation!

Kleiderstoffe
in Halbwolle, einfarbig und kariert . . . von 1.20 an
in Wolle, Popeline, Rips und Woll-Batist . . . von 2.20 an
Samt, schwarz, von 4.50 bis 10.00
Seide, schwarz und farbig, von 4.50 an
Prinzessröcke, Hemden, Beinkleider, Schlüpfer, Strümpfe, Handschuhe, Taschentücher, Regenschirme
empfehlen zu den billigsten Preisen
Seb. Schimmeyer.

Wo kauft man preiswert
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprech-Apparate und Schallplatten zu günstigen Preisen u. Bedingungen
bei **Willy Kühnast**,
Fahrradhandlung — Reparatur — Werkstatt
Sohldorferstraße 50.
Ersatzteile am Lager.



Rathenower Brillen
Wünschen Sie wirklich gut passende Augenkläser dann gehen Sie nur zu **Augen-Freund**. Der größte Wert der Augenkläser besteht in der genauen Augenprüfung durch einen erfahrenen Spezialisten. Auf Grund dreißigjähriger Erfahrung bietet ich Ihnen Vorteile, die Sie vergeblich wo anders finden. 3 Monate Probezeit, 1 Jahr Garantie für richtiges Sehen. Kostenlose Augenprüfung. Freienspreis von 2 Mark aufwärts je nach Wunsch und Bedarf. Zahlreiche Anerkennungen aus Annaburg. Hilfe und Rat in den schwierigsten Fällen. Walter aller Schleierarten. Fassungen für jede Gesichtsförm. Sobald die Augen tränen, klümmern, stechen und schnell ermüden, kleine Schrift nicht mehr richtig zu erkennen ist, tut ein gut passendes Glas wunderbare Dienste. Verfümen Sie diese Gelegenheit nicht. Sprechstunden in: Annaburg im „Steigekranz“ am Freitag den 10. Februar von 9—7 Uhr, Pretzin im „Schwarzen Adler“ am Donnerstag den 9. Februar von 9—4½ Uhr.
Augen-Freund, Berlin N. 20, Badstr. 42, p. III.
Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Inserate irren machen.

Werkzeuge aller Art:
Sägen, Bügel- und Handlängen, Hobelisen, Stemmeisen, Feilen, Bohrer, Senken, Sägehaken, Beile, Aexte, Maurerhammer und -Aellen,
Handhaltungs-Geräte:
Zirkelmesser u. Gabeln, Fleisch- u. Reibmaschinen, Wagen und Gemächte, eiserne Dosen und Rohre, Pferdeheermaschinen.
Wilhelm Grahl.

Ansichtskarten
neueste Aufnahmen vom Schloß usw.
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

Annaburger Lichtspielhaus

beehrt sich für Freitag bis Sonntag abends 8 1/2 Uhr mit **Jenny Ingo - Walter Janssen** und weiterer bester deutscher Rollenbesetzung eine Reihe der diesjährigen deutschen Filmproduktion darzubieten:

Pique Dame.

(Das Geheimnis der alten Gräfin).
Die große Tragödie einer Spielbankgesellschaft nach der gleichnamigen berühmten Novelle von Büchsin. Bezaubernd und erhabend in seiner Schönheit, erschütternd in seiner Dramatik bietet dieses Filmwerk für den Kenner, für den Freund der Filmmunst vollendetem Genus.

Hierzu das gute auserwählte Beiprogramm:
In nächster Zeit:
Ameritas größter Film „Rivalin“ 10 Akte.
NB. Achten Sie bitte auf unsere Schaukästen und weitere Ankündigungen.



Zur Konfirmation!

- ◆ Konfirmations-Kleider ◆
in Seide, Samt und Vopeline.
Auf Wunsch Anfertigung im eigenen Atelier.
- ◆ Konfirmations-Wäsche ◆
in guter Ausführung, als:
Hemden, Hemdhosen, Reformröcke, Oberhemden, Kragen, Kravatten, Strümpfe
- ◆ Konfirmanten-Anzüge ◆
in allen Größen und guter Qualität treffen Sonnabend ein.

Gefühlvolle Qualitäten! Billige Preise!
Ernst Peschke
Aderstraße 16.

Gratis-Tage!

Freitag bis Montag
gebe bei Einkauf
von 1.75 an { 1 Stück La Seife (25 Pfg.) oder einen
von 2.50 an { 1 Stück Kernseife
von 3.50 an { 1 Stück Blumenseife (35 Pfg.) oder
1 250 g Handstück
1 guten 5 reißg. Strabber (55 Pfg.) oder
1 gutes Scherwerk (45 Pfg.)
Ferner gebe ich laufend (Markenwaren ausgenommen)
4% Rabatt. Ich bin dauernd bestrebt, meine schon niedrigen Preise weiter zu senken, die Qualität meiner Waren jedoch noch zu verbessern.

Arthur Lambert
Seifen, Parfümerien :: Torgauerstr.

Moderne Anzüge
für Herren, Burschen und Knaben

Kleine Kinder-Paletots, Herren-Paletots
Gummimäntel & Windjacken
für Damen und Herren
Loden-Mäntel, Lodenjoppen
gefütterte Nappa-Lederhandschuhe
Grosse Auswahl in allen Preislagen
Carl Quehl

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Neues Städtebund-Theater

Leitung: Herbert Heller und Fritz Wiede.
Goldener Ring :: Annaburg
Donnerstag, den 9. Februar:
Anfang 8 Uhr. Einlaß 7 Uhr.
Einmalige Volksvorstellung zu ganz billigen Preisen!
Der Raub der Gabinetinnen.
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönbach.
Lachen! Sie lachen Tränen! Lachen!
Preise der Plätze (Vorverkauf Goldener Ring):
Spezialpl. M. 0.80, Unumm. Platz M. 0.50.
In der Abendkasse je 20 Pfg. Aufschlag.
Sonntag, den 12. Februar, abends 8 Uhr:
Der Bettelstudent.
Große historische Kostümpopere von Carl Müllner.
Beginn des Vorverkaufs: **Donnerstag ab 7 Uhr** abends im Goldenen Ring zu den bekannten Preisen.

Der Mastenball
des Gefelligen

Maurer- und Zimmerer-Vereins
findet Sonnabend, den 11. Februar im Saale des Goldenen Ring statt.
Maskenkarten sind zu haben bei Herrn Lehmann, Feldstraße 22, und im Goldenen Ring.
Gäste herzlich willkommen!
Der Vorstand.

Das Faschnachts-Bergnügen
des Junglandbundes Annaburg

findet am 11. Februar im „Waldfischchen“ statt.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

„Bürgergarten“
Sonnabend und Sonntag:

Schlachtefest.
Vorn. von 10 Uhr an Wellfleisch
Nachm. frische Wurst und Sattourkessen.
Anstich von ff. Boabier / Unterhaltungsmusik.
Freundlichst ladet ein **Karl Müller**

UFA Palast-Theater UFA

Freitag — Sonnabend — Sonntag:
Ellen Richter, Bruno Kahner, Dina Gralla, Henry Bender
im neuen Ufa-Film aus der Produktion Ellen Richter-Film
Die schönsten Beine von Berlin
Die größte Revue des größten Theaters der größten Stadt Deutschlands.
Ein Film von den schönsten und schönsten Beinen, von nackten Armen, Rückenlinien u. winzigen Sandhölchen. Aus der Welt des Schmeins. La bella Dolorosa (Ellen Richter), die Herrin der schönsten Beine: Spanierin, geboren in Ungarn. Eine Schöne mit 25.000 Mark. Was dann kommt, verraten wir nicht! Unter Mitwirkung der Original-berühmten Eilergavis vom Adontsplatz Berlin. Der Film lief vom 15. 1. bis 1. 2. in Uraufführung in Leipzig für Mitteldeutschland. Tanzszene der Eilergavis. Szene aus der Revue „An und aus“ Original-Aufnahmen im Adontsplatz-Balsh. — Man beachte unsere Wlber. — Der Film bietet großartige Filmmunst. — Wunderbare Ausstattung. — Wir bitten, diesen Film nicht zu veräumen. Er ist ein Glanzstück von unerhörtem Niveau.
Reile mit Weile. Denkig-Woche 51
Ufa-Groteske, 2 Akte. Die neuesten Ereignisse.
Auf allen Plätzen 10 Pfg. Aufschlag.
Jugendliche haben keinen Zutritt.

Königin Luise-Bund.

Freitag, den 10. Febr. abends 8 Uhr
Bersammlung im Waldfischchen.
Annahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Zur Weintraube.

Sonnabend, d. 11. Febr.
Faschnacht,
wozu freundlichst einladet **Sermann Kase.**
J. G. Fritzsche.
gemuffert, empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Einstellung der Zwangsvollstreckung infolge Intervention.

Bei Pfändungen durch den Gerichtsvollzieher kommt es oft vor, daß Gegenstände gepfändet werden, die nach Mitteilung des Schuldners nicht diesem, sondern einem Dritten gehören.

Nun wird aber wegen des kurz bevorstehenden Verleierungssterbens dem Eigentümer, wenn er von der Pfändung erfährt, meistens keine Zeit zur Erhebung der Klage auf Freigabe übrigbleiben.

Nah und Fern.

Bar beim Vorbereiten ertränken. Die Schiffseignerin Pauline Rappel wollte sich von ihrem im Landwehrkanal in Berlin liegenden Kahn „Herbert“ zu einem Vorbereiten begeben.

Therese Neumann blüht nicht mehr. Die Entwicklung der Dinge in Konnerstubb hat eine saisonale Wendung genommen.

Im Streit ertrunken. Als der 28 Jahre alte Kaufmann Alfred Kirck sich in Gelsenkirchen auf dem Seimwege von einer tarnevalistischen Feier befand, geriet er mit einem jungen Mann in einen Wortwechsel.

Des Herzens Not

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Sa, mein Kind, das muß sie auch sein! Sie kann nicht so in den Tag hineinleben — wo sollte das hinführen?“

Feuertampf mit Einbrechern. Zwei Köhler Einbrecher, die hintereinander bei der kassolischen W 1 a r a n von Winterstadt am Eisenbahndamm, eine gefahren waren, wurden auf der Straße bei Greshoborn von dem Mühlendörfer Landjäger und einem Engelskircher Polizeibeamten gestellt und aufgefordert, sich zu ergeben.

Schillertrache für eine schlechte Note. Der Realprofessor Dr. Wagner in Wien hat dieser Tage einen angeblichen Radioparasiten ins Haus gefahren, der sich bei näherer Beachtung als eine Sollenmaschine, enthaltend ein Mikrogramm Zinkpulver und zwei elektrische Zellenlinsenbatterien, entpuppte.

Italien trinkt nur italienischen Wein. Auf Verlangen der faschistischen Vereinigung der italienischen Weinhandlender hat die faschistische Handelsvereinschaft Italiens an alle Restaurateure, Sozietäten und Barbierier in Italien die Aufforderung gerichtet, ausschließlich italienische Weine zu trinken.

Baugüterverkauf Levins nach Moskau. Der Oceanflieger Levine hat sein Flugzeug „Columbia“ zu einem Baugüterverkauf in Moskau lassen.

Eichensund im Choriner Forst. Auf einem Reviergang ließ ein Forstbeamter in dem Choriner Forst auf die Leichen eines Liebespaars. Die angelegten Ermittlungen ergaben, daß es sich um ein Paar handelt, das sich im Sommer verheiratet, bestattet in Gumburg in Sommerfrische befand und seit dieser Zeit vermisst wurde.

Eine Diebesbande von Hofwundflüßchen. Die Kasseler Kriminalpolizei verhaftete eine Diebesbande von zehn jungen Leuten im Alter von 16 bis 24 Jahren, die in den letzten Wochen zahlreiche Uhren- und Goldwarenkladen in Kassel ausgeplündert hatten.

Unter Wanderrandst verhaftet. Der Heilschiffe Rudolph aus Kassel, der verhaftet hatte, seine Frau mit Anwalt auf verhaften, und in dem Verdacht steht, seine Geliebte auf die gleiche Weise getötet zu haben, wurde auf der Flucht verhaftet.

Für den Bruder in den Kerker gegangen. Ein Raubmord, der vor zehn Jahren an der Haltestelle Seifritz-Tirichberg an der Alpenbahn begangen wurde, um dessen willen ein Mann auf Grund seines eigenen Geschäftsinnes zu zwölf Jahren Kerker verurteilt wurde, hat jetzt erst seine Auflösung gefunden.

Selbstmord einer ungarischen Bankiersgattin. Die Frau des geschäftsführenden Direktors der Nationalen Wechselbank, Leopold Rabas, hat sich vor dreien Todmord auf die Straße geschrien und auf der Stelle tot.

Elf Menschen von einer Mauer begraben. In Rabat führte eine alte acht Meter hohe und einen Meter dicke Mauer in einer Gänge von hundert Metern ein und begrub mehrere Häuser unter sich.

Zwei Arbeiter von der Grubenbahn überfahren. Zwei Arbeiter der Grube „Brigitte“ gingen auf dem zur Grube führenden Seitenkanal der Grubenbahn. Im einen ihnen entgegenkommenden Beiwagen auszuweichen, betrat er das leere Gleis.

Obessa von Schnee verhängt. Ein hartes Schneegewitter in Obessa veranlaßte die Einstellung des Stadtverkehrs und der Straßenarbeiten.

Bunte Tageschronik.

Berlin. Ein Beamter der Oberpostdirektion Berlin hat den Gefängnisstrafevollstreckungsbeamten von etwa 55 000 Reichsmark zahlen lassen.

Schwern. Mehrere Einbrecher drangen nachts in das Schloss Seezin ein und raubten für einige tausend Mark Silberwaren und Kleidungsstücke.

Genau. Auf der Straße Erfurt—Eisenach war ein Spanier eines Personenzuges eine Leere Bierflasche aus dem Fenster geschmettert worden.

Belgien. Die Lokomotive des Personenzuges 313 überfuhr beim Manövrieren im Bahnhof Belgia eine Frau und ein Kind.

Wann. Auf Grube Laurvies-Socart erlegnete sich gegen Ende der Februartage eine Schlagverletzungszunahme, bei der sieben Arbeiter verletzt wurden.

Kalkutta. Auf dem Indus ist ein überlandendes Pächterboot in der Mitte des Stromes gesunken.

Bermischte Nachrichten.

Übertragung der schweizerischen Steuerverwaltung auf das Reich.

Wünstener Gesandte einer Beamtentrainee. München. Eine große Vermögensgesellschaft, über die die Wehrmacht noch strengste Zurückhaltung beobachten, beschäftigt die Wünstener Zeitung mehrerer ihrer Beamten.

„Sa, Gerda, wenn du auch nicht ganz tadellos aus siehst, man bist du einmal hier, und ich kann dir gleich Herrn Kraft, unsern neuen Inspektor, vorstellen.“

Kongresse und Versammlungen.

k. Für die Erhaltung der Elbfischerei. In der Hamburger Mittelversammlung des Hamburgischen Kaufmannvereins...

k. Für Steigerung des Milchverbrauchs. Im Reichsamt für Viehwirtschaft...

k. Die Generalversammlung des Groß-Berliner Stahlwerks. Im Berliner Kriegervereinshaus...

Aus dem Gerichtssaal.

§ Prozess gegen den Reichsführer der Bismarck-Jugend. Dem Altonaer Landrichter Dr. H. D. Siebeling...

§ Die Vollstreckung im Femenordprozess Wilms. Mit dem Antrage auf Wiedereröffnung des Verfahrens...

Frühlingszeichen.

Fer Beobachter sind der Ansicht, daß wir diesmal einen frühzeitigen Frühling zu erwarten haben...

Land- und Hauswirtschaftliches

Der Autofarrenpflug.

Die Amerikaner geben die große Mühe, den landwirtschaftlichen Maschinenmarkt Europas zu erobern...



gest. Zu den Maschinen, die dort angeboten werden, gehört der kleine handliche Motorpflug...

Wasser. Wir haben auf diesem Gebiete durch die von uns ausführlich beschriebene Gartenfräse einen weiten Vorrang...

Richtige Wärme im Viehstall.

Die normale Stallwärme soll zwischen 15 und 20 Grad Celsius betragen. Im Sommer, wenn die Ställe besser gelüftet werden können...

Auch für die Temperierung des Trinkwassers ist ein Thermometer im Stall von unschätzbarem Wert...



Haben Sie soviel Zeit? Scheinbar ja, sonst würden Sie sich ein Konto bei der Girokasse zulegen...

Des Kleinkens Not

Roman von Fr. Lehne.

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Was ist dir, Leonore?“ Belagert umharrte der Baron seine Frau...

hatte er eine Ähnlichkeit mit jemand — daselbe zwingende, große, graue Auge, daselbe schmale, scharfgezeichnete Gesicht...

„Über Gerda,“ meinte die Baronin, „und du hältst den Fißh lo ohne weiteres angenommen?“ Du hättest ihn wenigstens besahen können!

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgestellt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Setzungsboten und die Geschäftsstelle, Zörgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Abnehmer um Pflanzung bezgl. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerdem Behaltende 7 Goldpfennig, für diejenigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtteil 30 Goldpfennig, einsch. Anzeigensteuer, Sonntags- und feiertäglicher Satz mit Ausschluß.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen späteren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbeskale.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Nr. 17.

Donnerstag, den 9. Februar 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, nach dem die Reichsgehandelschaft in München als künftig wegfällig bezeichnet wird.
- * Der Vorstand des Reichsländerbundes wurde vom Vertreter des Reichsanwalts, Reichsanwältin Dergt, empfangen. Der Vorstand erklärte, die Reichsländerbundung für die Landwirtschaft seien nicht ausreichend.
- * In Weimar ist das jugoslawische Kabinett wegen Zwistigkeiten innerhalb der Regierungsparteien zurückgetreten.

Die „U-Boot-Pest“.

Während des Weltkrieges hat man laut genug auf die „U-Boote“ geschrien und geschimpft, die mit ihren U-Booten die natürlichen ganz und gar „harmlose“ U-Boote man Deutschland hermetisch gegen jede Gefahr zur See auch auf neutralen Schiffen abgefahren hätte. Und das erste, was von der deutschen Regierung bei der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen verlangt wurde, war die Einstellung des U-Boot-Krieges. Man hat uns dann im Verfall der Verträge überhaupt die U-Boote-Waffe verboten, während jetzt bei den beiden europäischen Seemächten England und Frankreich ein eifriges Bemühen in der Herstellung von U-Booten eintritt. Bald werden sich auch Nordamerika dazu, ohne freilich die besten Konstruktionen erreichen zu können. Nur ist vor einigen Tagen der Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg hienieden, doch überhaupt das U-Boot als Seewaffe zu verbieten, genau so, wie ja das Gas durch den Völkerverbot verboten worden ist. Selbstverständlich haben England und Frankreich dazu nur voreinander die Köpfe geschüttelt. So wird Amerika ebenfalls daran gehen, sein Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre, das eine Gesamtausgabe von über 750 Millionen Dollar, also 3 Milliarden Mark, vorsieht, möglichst schnell auszuführen. Auch 32 Unterseeboote sollen in dieser Zeit neu gebaut werden.

Damit fängt Amerika an, einhändig in die Weltkonkurrenz zur See einzutreten. Und es ist doch ein nicht so ganz einfach beschreibendes Zeichen allmählich einsetzender Veränderungen, wenn ein amerikanischer Admiral schon von einem in nicht allzuferner Zeit bevorstehenden Kriege zwischen England und Amerika spricht. Gewiß ist er deswegen seines Amtes enthoben worden; aber so unrecht hat er doch nicht mit jenem Vergleich, daß, wie einst das deutsche Flottenbauprogramm Englands überholt und schließlich den Weltkrieg hervorgerufen habe, das gleiche sich auch zwischen England und Amerika entwickeln könne. Denn Amerika hat sich bereits eine gewaltige Flotte geschaffen und ist auch finanziell in der Lage, rasch den Vorrang der anderen einzuholen, ja diese vielleicht sogar zu überholen. Freilich nur mit Schiffen; ob auch mit Männern, die auf diesen Schiffen fahren und kämpfen sollen, ist noch etwas fraglich.

Zabei spricht der amerikanische Vorschlag, das U-Boot überhaupt abzuschaffen, doch von einer gewissen Maßnahme. In der Hauptsache wird sich Nordamerika im Kriegsfall auf eine Verteidigung seiner langgestreckten Küste beschränken können, wobei gerade das U-Boot eine hervorragende Rolle spielen würde. Die verminderte Seite ist dabei natürlich der Panamakanal, der allerdings in eisenhoher Weise durch Armeenungen geschützt ist. Fragenwischen Westländern in den Vereinigten Staaten selbst begegnet diese Flottenbaupolitik durchaus nicht mehr; immer härter dringt dort der Gedanke durch, daß die Flotte, wie Präsident Harding einmal sagte, „die große Wauer Amerikas“ sei. Weniger aus weltmännlich-politischen Gründen baut Amerika seine Flotte aus; sie ist eigentlich nur bei den strategischen Wirren tätig aufzutreten. Hier liegt aber vielleicht doch auch ein Grund dafür, bei den großen weltpolitischen Auseinandersetzungen an den Geländen des Ästlichen Ozeans nicht alles den englischen Völkern zu überlassen, sondern auch ein paar starke Trümpfe im Spiel zu haben. Genau so ist es mit der amerikanischen Handelsflotte geworden. Vor dem Kriege beherrschten die englische und die deutsche Handelsflotte auch den Seetransport von und nach Amerika, bis während des Krieges eine gewaltige Anstrengung zum Bau amerikanischer Handelsflotte einsetzte und man jetzt die „ships and stars“, die „Streifen und Sterne“, auf allen Meeren steht. Auch das hat den Engländern schon sehr vielummer und -schmerz bereitet. Auch diese Entwicklung entspricht natürlich dem, was im Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich zwischen Deutschland und England heranwuchs.

Neue Schulgesetzverhandlungen.

Der Städtetag über die Schulkosten.

Eine Vermittlungsversuche.

Innerhalb der Regierungsparteien werden noch immer lebhaft Verhandlungen geführt, das Reichschulgesetz doch noch zu einem guten Ende zu bringen. In der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei steht die Schulfrage am Donnerstag erneut zur Beratung und der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei wird sich am kommenden Sonntag mit der Schulfrage beschäftigen. Auch Reichsinnenminister von Seudell soll mit der Beratung eines neuen Familienunterstützungsgesetzes beschäftigt sein, die eine Brücke zwischen der Zentrumspartei und der Linken der Deutschen Volkspartei in der Frage der Simultanschule bauen soll. Trotz der kategorischen Erklärungen beider Parteien, an dem jetzt eingenommenen Standpunkt zur Schulfrage festhalten, sind auch in den Reichstagsfraktionen der Volkspartei und des Zentrums Kreise am Werke, die gegenseitigen Ansichten näherzubringen. Die Vermittlungstätigkeit soll als nicht ausschließlich sein.

Obwohl die Frage, wer die Kosten zur Durchführung des neuen Reichschulgesetzes tragen soll, nach nicht völlig geklärt ist, hat der Vorstand des Deutschen Städtebundes eine Eingabe über die Kosten dieses Gesetzes überreicht. Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Regelung, wonach den Ländern und Gemeinden eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden soll, wird in dieser Eingabe abgelehnt. In ihr wird ver-

langt, daß die aus der Durchführung erwachsenden Kosten, gleichviel, ob einmal oder laufend, den Kommunen vom Reich erstattet werden sollen. In der Eingabe wird weiter darauf hingewiesen, daß z. B. die Durchführung des Reichschulgesetzes in Preußen eine laufende jährliche Mehrbelastung des preussischen Volkshaushalts in Land und Gemeinden um über 40 Millionen Mark und einen Anleihebedarf von rund 250 Millionen Mark zur Folge hätte. Die Städte müßten, so heißt es in der Eingabe, zum Schluß darauf bestehen, daß für die großen Mehrbelastungen des Reichschulgesetzes eine ausreichende Deckung beschafft und für die Frage der Kostenverteilung eine zweifelhafte gesetzliche Grundlage im Rahmen des Reichschulgesetzes geschaffen werde.

Tagung des Reichstädtetages.

Am 16. und 17. Februar tagt in Berlin der Gesamtvorstand des Reichstädtetages. Die Tagung erhält dieses Mal ihre besondere Bedeutung dadurch, daß zum erstenmal Parlamentarier als Mitglieder des Gesamtvorstandes und als Mitglieder des parlamentarischen Beirats des Reichstädtetages an der Tagung teilnehmen werden. Zur Beratung stehen u. a.: Fragen der großen Verwaltungsreform, Schulbeitragsgesetz, die Interessen der mittleren und kleinen Städte am Umgebungsproblem, die Vorschläge auf eine anderweitige Verteilung des Bundeshaushaltsausgleiches sowie auf Änderung des preussischen Finanzhaushaltsgesetzes. Der Sitzung des Gesamtvorstandes geht am 15. Februar eine Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes voraus.

Landbundvorstand beim Vizekanzler.

„Sittlichkeitsmaßnahmen nicht ausreichend.“

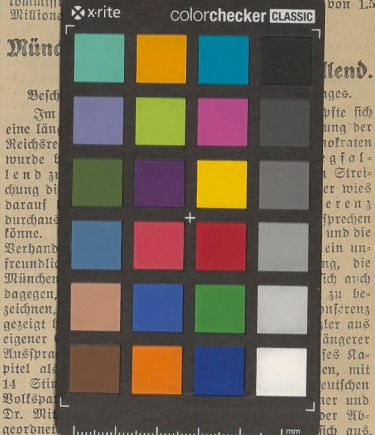
Der Stellvertreter des Reichsanwalts, Reichsminister Herzog, empfing in der Reichskanzlei in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sowie der Vertreter der beteiligten Ressorts eine Abordnung des Landbundes, der die Präzidenten Herzog und Schiele, sowie die Direktoren Kriegshelm und von Spöck angehören. Die Vertreter des Landbundes brachten eine Anzahl von Vorstellungen vor, die im einzelnen eingehend besprochen wurden. Sie wiesen eindringlich darauf hin, daß die Landwirtschaft die Maßnahmen, die von der Reichsregierung bisher zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not der Landbevölkerung vorgesehen seien, nicht als ausreichend betrachten könne. Die anwesenden Mitglieder der Reichsregierung erklärten hierzu, daß es sich bei den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung um ein zusammenhängendes System von Sittlichkeitsmaßnahmen handelte, dessen weiterer Ausbau mit allen verfügbaren Mitteln durchgeführt werden sollte.

Die Lage im Saargebiet.

Bericht der Regierungskommission.
Die Regierungskommission des Saargebietes hat soeben dem Generalsekretariat des Völkerverbundes ihren Bericht über die Situation des Gebietes übermittleit. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage des Gebietes stellt der Bericht fest, daß die französisch-deutschen Verhandlungen über das Zollregime in weitergegangener Weise. Die Verträge vom 5. August 1926 und vom 6. November 1926 seien verlängert worden. Zwei große Streiks hätten in letzter Zeit stattgefunden, der eine in der Großindustrie und der andere unter den Eisenbahnen des Gebietes. Welche Male habe die Regierungskommission mit Erfolg abgewiesen.

Zur politischen Lage sagt der Bericht, daß das Mandat des konsultativen Rates mit dem 31. Dezember 1927 abgelaufen sei und die Regierungskommission daher für den 25. März 1928 neue Wahlen angelehrt habe. Das Mandat der Mitglieder des nächsten konsultativen Rates wurde am 1. April 1928 bis 31. März 1931 dauern. Über die Verwaltungstätigkeit erwähnt der Bericht die Veröffentlichung einer neuen Ordnung betreffend die Wohnungen. Diese Ordnung enthalte eine wichtige Änderung. Von nun an würden eine Reihe von Wohnungen nach ihrem Freiwerden unter das gemeine Recht gestellt. Auf dem Rechtsgebiete hat die Regierungskommission am 14. Dezember 1927 mit der französischen Regierung zwei Verträge unterzeichnet, welche bezwecken, die Lösung von Streitfällen zu erleichtern, welche von Sachwohnern vor französische

Gerichte und von französischen Staatsangehörigen vor Gerichte im Saargebiet gebracht werden. Das Departement für öffentlichen Unterricht hat in Berücksichtigung der Wünsche der letzten Völkerverammlung den Antrag für geeignet erachtet, in den Schulen des Saargebietes offiziell den Unterricht über Erziehung und Ziele des Völkerverbundes einzuführen. Die Ergebnisse wurden im Geschäftspunkt der Quantität als befriedigend, in qualitativer Hinsicht jedoch mangelhaft. Die Regierungskommission hat die Zahl der Schüler von 1,5 Millionen



Die Hilfsaktion für Ostpreußen.

Eine 75-Millionen-Anleihe. — Senkung der Steuern.

Mit Rücksicht auf die durch die Friedensverträge geschaffene einzigartige wirtschaftliche Notlage Ostpreußens war in der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ende Dezember v. J. abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichsministers und des preussischen Staatsministers die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für diese